



Nr. 479 | 26.03.2026

Russland-Analysen

Naturschutz
Außenpolitik

■ ANALYSE

- Was geschieht mit den russischen Naturschutzgebieten?
Wie russische Behörden den Schutz von Sonderschutzgebieten im Natur- und
Landschaftsschutz massiv schwächen 2
Angelina Davydova (Institute for Global Reconstitution, Berlin), Aleksej Martow

■ STATISTIK

- Landfläche von Naturschutzgebieten ausgewählter Staaten im Vergleich 7

■ KOMMENTAR

- Die russische Außenpolitik im Nahen Osten nach dem Sturz Assads und dem Tod
Chameneis 9
Mark N. Katz (George Mason University)
- Russland gerät langsam in Afrika ins Hintertreffen – eine Chance für Europa 10
Ulf Laessing (Regionalprogramm Sahel, Konrad-Adenauer-Stiftung, Bamako)
- Die Einflussphären der Anderen: Lateinamerikas manchmal paradoxer Blick auf
Russland 11
Jochen Kleinschmidt (Technische Universität Dresden)

■ CHRONIK

- Hinweis auf die Online-Chronik 13

Was geschieht mit den russischen Naturschutzgebieten? Wie russische Behörden den Schutz von Sonderschutzgebieten im Natur- und Landschaftsschutz massiv schwächen

Angelina Davydova (Institute for Global Reconstitution, Berlin), Aleksej Martow

DOI: 10.31205/RA.479.01

Zusammenfassung

Vor dem Hintergrund des seit vier Jahren andauernden umfassenden Krieges gegen die Ukraine und der damit verbundenen zunehmenden wirtschaftlichen Probleme haben die russischen Behörden begonnen, die Umweltschutzgesetze des Landes zu lockern – um daraus finanzielle Vorteile zu ziehen und aus »Gründen der Landesverteidigung«. Ende 2025 verabschiedeten die Staatsduma und der Föderationsrat ein Gesetz, das Bau- und andere Aktivitäten im Gebiet des Baikalsees erlaubt, die zuvor streng verboten waren. Am 18. März 2026 verabschiedete die Staatsduma in erster Lesung Änderungen am Gesetz über Sonderschutzgebiete im Natur- und Landschaftsschutz (OOPT), die im Gesetz zuvor enthaltenen Hürden für Bebauung beseitigen. Umweltschützer und Aktivisten sind der Ansicht, dass das Naturschutzsystem des Landes aufgrund der verwässerten Formulierungen der vorgeschlagenen Änderungen stark in Mitleidenschaft gezogen werden könnte.

Die Abholzung rund um den Baikalsee

Der von der Führung der Russischen Föderation am 24. Februar 2022 begonnene umfassende Krieg in der Ukraine war der Auslöser für eine drastische Verschärfung der repressiven Gesetzgebung innerhalb Russlands. Hunderttausende Bürger waren gezwungen, das Land zu verlassen, und mehr als tausend Organisationen, Personen und Projekte wurden als »ausländische Agenten« eingestuft; einige sogar als »unerwünschte Organisationen«. Beide Status sind diskriminierend und können für Bürger, die mit solchen Organisationen zusammenarbeiten, eine polizeiliche bis hin zu strafrechtliche Verfolgung nach sich ziehen. Nach dem Einmarsch in die Ukraine wurden in der Russischen Föderation beispielsweise internationale Organisationen wie Greenpeace International und der World Wildlife Fund (WWF) zu »unerwünschten Organisationen« erklärt, und eine Reihe regionaler Projekte wurde in das Register der »ausländischen Agenten« aufgenommen. In den ersten beiden Jahren des umfassenden Krieges wurden fast 500 Umweltschützer und Ökoaktivisten von den Behörden verfolgt; im Jahr 2024 gerieten weitere rund 100 Ökoaktivisten, Initiativgruppen und Umweltorganisationen unter Druck. Nichtsdestotrotz werden Umweltproteste und -kampagnen in verschiedenen Regionen Russlands fortgesetzt, und Umweltfragen interessieren und sorgen weiterhin Basisaktivisten, Experten und die Bevölkerung des Landes insgesamt.

Vor diesem Hintergrund, da Umweltaktivismus und Umweltschutz in Russland mittlerweile äußerst gefährlich geworden sind und die öffentliche Kontrolle über das Handeln der Behörden signifikant geschwächt ist, haben sich die Staatsführung und Wirtschaftsvertreter

daran gemacht, die Umweltgesetzgebung zu ändern, was wiederum enorme Risiken für die Natur mit sich bringt.

So wurde der Dezember 2025 zu einem Wendepunkt, als die Staatsduma in dritter und finaler Lesung einen Gesetzentwurf verabschiedete, der Kahlschläge rund um den Baikalsee erlaubt, die zuvor vollständig verboten waren. Der Föderationsrat – die Oberkammer des russischen Parlaments – billigte die neuen Vorschriften ebenfalls, und Putin unterzeichnete das Dokument rasch, trotz zahlreicher Einwände von Umweltschützern und sogar einiger Abgeordneter, darunter Mitglieder von »Einiges Russland«.

Das ursprüngliche Gesetz »Über den Schutz des Baikalsees« aus dem Jahr 1999 war für Russland einzigartig. Denn es handelte sich um das einzige Dokument im Bereich des Umweltschutzes, das für ein bestimmtes Gebiet besondere Naturschutzvorschriften einführte. Alle anderen Naturschutzgebiete und sonstigen Naturgebiete unterlagen den allgemeinen Vorschriften in diesem Bereich – nicht jedoch das Gebiet rund um den Baikalsee. Eine zentrale Bestimmung des Gesetzes war das Verbot von Kahlschlägen in der Zentralen Ökologischen Zone (rus. Zentralnoja ekologitscheskoja zona – ZEZ) des Sees sowie das Verbot des Baus neuer wirtschaftlicher Objekte und der Sanierung bestehender Objekte ohne positive Stellungnahme der staatlichen Umweltprüfung im gesamten Baikal-Naturgebiet (rus. Baikalskaja prirodnaja territorija – BPT, Gesamtfläche 38,6 Millionen Hektar, bestehend aus der ZEZ, der ökologischen Pufferzone und der ökologischen Zone mit atmosphärischem Einfluss; die strengsten Beschränkungen galten in der ZEZ).

Nach Ansicht von Umweltschützern war die Verabschiedung eines solchen Gesetzes vor einem Viertel-

jahrhundert in vielerlei Hinsicht ein gesetzgeberisches Experiment, dank dem es über zweieinhalb Jahrzehnte gelang, die einzigartige Flora und Fauna des Sees zu schützen und zu erhalten, die zur Heimat zahlreicher endemischer Arten geworden war.

Denn noch vor etwa zehn Jahren begannen verschiedene Lobbyisten – darunter, wie Umweltschützer sagen, beispielsweise der Abgeordnete der Staatsduma aus Burjatien, Sergej Ten, dessen Familie offensichtliche Geschäftsinteressen an der wirtschaftlichen Erschließung des Gebiets um den Baikalsee hatte – die Idee einer Änderung der Schutzvorschriften des Baikalsee-Naturgebiets voranzutreiben. Bis Ende 2025 gelang es Umweltschützern, Wissenschaftlern und Aktivisten jedoch, dies zu verhindern. Selbst nachdem im Juli 2023 ein Gesetzentwurf, der Kahlschläge am Baikalsee erlaubte, in erster Lesung verabschiedet worden war, schien es, als würde es der Öffentlichkeit auch dieses Mal gelingen, den einzigartigen See zu verteidigen. Damals erklärte der Sprecher der Staatsduma, Wjatscheslaw Wolodin, dass die Änderungen korrigiert und die Möglichkeit von Kahlschlägen ausgeschlossen werden müssten.

Allerdings wurde der Gesetzentwurf letzten Endes im Dezember 2025 doch verabschiedet und von Beamten und der Propaganda als Dokument präsentiert, das Kahlschläge »verboten«. Tatsächlich wurden durch die Änderungen jedoch Ausnahmen für solche Maßnahmen eingeführt. Nach Ansicht von Umweltschützern waren die Formulierungen und Mechanismen zum Start dieser Ausnahmen so gestaltet, dass es unschwer sein würde, Gründe für die Abholzung eines beliebigen Waldabschnitts rund um den Baikalsee zu finden.

Die endgültige Entscheidung über die Abholzung muss eine Kommission treffen, die sich aus Abgeordneten der Staatsduma, Mitgliedern des Föderationsrates, Vertretern der Präsidialverwaltung, der Regierung, des Inlandsgeheimdienstes FSB sowie persönlich den Gouverneuren der Regionen Irkutsk und Burjatien zusammensetzt. Zuvor müssen sich die Mitglieder dieser Kommission jedoch die Unterstützung der Russischen Akademie der Wissenschaften (RAN) sichern, in der es, wie die Aktivisten überzeugt sind, sicherlich Personen geben wird, die dem Holzeinschlag zustimmen. Eine indirekte Bestätigung dafür ist die Haltung der RAN zum Gesetzentwurf selbst: Drei von fünf fachspezifischen wissenschaftlichen Räten der Akademie sprachen sich gegen dessen Verabschiedung aus, doch letztlich sprach sich der Vizepräsident der RAN, Stepan Kalmykow, trotz scharfer Kritik seiner Kollegen für die Änderungen aus.

Darüber hinaus erlaubt das Gesetz, Gebieten des Waldfonds rund um den Baikalsee auf der Grundlage von Schlussfolgerungen eines staatlichen Umweltgutachtens den Schutzstatus zu entziehen sowie den Ort-

schaften Waldflächen zuzuweisen, die aufgrund von Fehlern oder Korruptionspraktiken im Kataster als Teil der Ortschaften eingetragen waren, gleichzeitig aber zum Bestand des Waldfonds gehörten.

Auf diese Weise wurden am Baikalsee nicht nur Kahlschläge, sondern auch der Bau praktisch beliebiger Objekte, einschließlich Straßen und anderer großer Infrastruktureinrichtungen, erlaubt – man muss lediglich eine »korrekte« Umweltprüfung durchführen und den Status des Gebiets ändern.

Experten weisen darauf hin, dass ein solches Gesetz, das am 1. März 2026 in Kraft getreten ist, zwei wesentliche Folgen haben wird: eine erhöhte Brandgefahr in den Wäldern und die Verschmutzung des Sees. Bemerkenswert ist, dass Brandgefahr als ein Grund für Kahlschläge dient. In diesem Zusammenhang befürchten Umweltschützer, dass die Wälder am Baikalsee bald von Brandstiftung bedroht sein werden, ganz zu schweigen davon, dass Abholzungsgebiete immer eine potenziell brandgefährdete Zone darstellen.

Dabei bestehen 75 % der Flora und Fauna des Baikalsees aus endemischen Arten, die nirgendwo sonst auf der Welt vorkommen. Die Erschließung und Bebauung der Wälder rund um den See wird das einzigartige lokale Ökosystem unweigerlich beschädigen, betonen Experten. Und daran, dass massive Bauvorhaben in der Nähe des Baikalsees beginnen werden, besteht kaum ein Zweifel, wie die bereits bestehende Sonderwirtschaftszone »Worota Baikala« sowie die geplante Sonderwirtschaftszone »Bereg Baikala« zeigen. Zu den an der Erschließung der Seeufer interessierten Personen gehören beispielsweise Senatoren und Abgeordnete wie Alexander Jakubowski sowie Großunternehmer wie Oleg Deripaska.

Die Bebauung von Naturschutzgebieten

Experten wiesen bei der Erörterung der rechtlichen Folgen der verabschiedeten Änderungen darauf hin, dass das Gesetz »Über den Schutz des Baikalsees« aufgrund des einzigartigen Status der Naturschutzvorschriften für den Baikalsee keine direkten Auswirkungen auf andere Naturgebiete in Russland haben könne. Andere Fachleute äußerten jedoch die Befürchtung, dass die Reform der Kahlschlagabholzung ein Signal für die Bereitschaft der Behörden sei, die Gesetzgebung im Bereich des Naturschutzes unter dem Deckmantel der Interessen der »Anwohner«, der Notwendigkeit des Baus von Objekten der föderalen Infrastruktur und »verteidigungspolitischer« Interessen ernsthaft zu überarbeiten.

Die Befürchtungen der Umweltschützer bestätigten sich buchstäblich innerhalb weniger Tage. Während die Staatsduma am 9. Dezember 2025 das Gesetz über die Kahlschlagabholzung am Baikalsee verabschiedete, legte die Regierung der Russischen Föderation bereits

am 12. Dezember 2025 der unteren Kammer des Parlaments Änderungen am Gesetz über Sonderschutzgebiete im Natur- und Landschaftsschutz (OOPT) vor, die bereits am 18. März 2026 in erster Lesung von der Staatsduma angenommen wurden und nun drohen, alle Naturschutzgebiete des Landes zu zerstören.

So schlägt die Regierung mit dem neuen Gesetzentwurf vor, den Bau beliebiger Objekte von »föderaler Bedeutung« in allen OOPT des Landes zu genehmigen sowie Mechanismen zur Entziehung von Flächen aus den OOPT für verschiedene wirtschaftliche Zwecke einzuführen. Die Behörden sind der Ansicht, dass die Ansiedlung von Objekten in OOPT genehmigt werden muss, die »von großer Bedeutung für die sozio-ökonomische Entwicklung« sind. Welche Objekte in diese Liste aufgenommen werden können, wird in den Änderungen jedoch nicht erläutert. Experten weisen jedoch darauf hin, dass es sich dabei unter anderem um Verkehrsinfrastruktur und sogar um Energieinfrastruktur handeln könnte. Sowohl das eine als auch das andere würde zweifellos jedem Naturschutzgebiet Schaden zufügen.

Darüber hinaus könnten regionale und kommunale Behörden das Recht erhalten, verschiedene Objekte in Naturschutzgebieten auf regionaler bzw. kommunaler Ebene zu errichten. Im Gesetzesentwurf ist festgelegt, dass solche Maßnahmen nur »in Ausnahmefällen« möglich sind, wenn es keine anderen Möglichkeiten für die Errichtung solcher Objekte gibt.

Allerdings sind für »die Notwendigkeit der Landesverteidigung und der staatlichen Sicherheit« keinerlei Ausnahmen und das Fehlen von Alternativen erforderlich. Für solche Zwecke können die Behörden frei Flächen aus den Naturschutzgebieten entnehmen. Wie Experten anmerken, wird es nicht möglich sein, in einem Naturschutzgebiet Wohnhäuser und Mehrfamilienhäuser für Militärangehörige zu errichten, während es beispielsweise erlaubt ist, eine Abschussrampe für ballistische Raketen in einem Naturschutzgebiet zu errichten.

Die öffentliche Resonanz vermutlich vorhersehend hat die Regierung in dem vorgelegten Gesetzentwurf festgelegt, dass die Ansiedlung »wichtiger« Objekte in Naturschutzgebieten jeglicher Art nur möglich ist, wenn dies mit den Funktionen der Sonderschutzgebiete im

Natur- und Landschaftsschutz »vereinbar« ist. Ist der Bau jedoch mit den Funktionen des Naturschutzgebiets unvereinbar, wird das Land einfach aus dem geschützten Naturfonds entnommen. Mit anderen Worten: Wie schon im Fall des Gesetzes über die Kahlschlagabholzung am Baikalsee haben die Behörden Formu-

lierungen gefunden, die formal die Geltung der Naturschutzvorschriften aufrechterhalten, in der Praxis jedoch eine nahezu freie Verfügung über die Flächen von Naturschutzgebieten ermöglichen.

Darüber hinaus erlaubt der Gesetzentwurf eine Änderung der Grenzen von Sonderschutzgebieten im Natur- und Landschaftsschutz, wenn ein »unwiderruflicher Verlust« der besonderen ökologischen Bedeutung des Gebiets aufgrund der Folgen von Katastrophenfällen eingetreten ist, die zu radiologischen, chemischen, technogenen oder anderen negativen Auswirkungen geführt haben. Wie im Fall des Baikalsees könnten Brände einer der Gründe für einen solchen Schritt sein, was bedeutet, dass das Risiko von Brandstiftung drastisch steigen wird.

Das Problem des Gesetzesentwurfs besteht darin, dass er die Naturschutzvorschriften in Naturschutzgebieten grundlegend verändert. Seit 1995 durften in Russland föderale Sonderschutzgebiete im Natur- und Landschaftsschutz nur erweitert werden,

während es verboten war, Flächen zu entnehmen und darauf Bauvorhaben zu realisieren, die mit dem Schutz der Naturschutzgebiete unvereinbar sind. Gemäß dem wahrscheinlichen Fall, dass die Änderungen verabschiedet werden, werden die Sonderschutzgebiete im Natur- und Landschaftsschutz ihren Status als wesentliche Bestandteile der ökologischen Sicherheit des Staates und der Erhaltung der Umweltqualität verlieren und zu einer Quelle wirtschaftlichen Nutzens für eine unbestimmte Gruppe von Personen werden.

Bemerkenswert ist, dass dank der Bemühungen von Umweltschützern und Aktivisten bereits eine Liste von Beispielen für Versuche vorliegt, Flächen aus Sonderschutzgebieten im Natur- und Landschaftsschutz für den Bau von Wirtschaftsobjekten zu enteignen, deren Umsetzung lediglich durch die geltende Gesetzgebung verhindert wird, die solche Aktivitäten in Naturschutzgebieten verbietet. Derzeit umfasst diese Liste mehr als zehn Objekte, die offenbar als erste

OOPT (rus. osobo ochranjaemye prirodnye territorii) – Sonderschutzgebiete im Natur- und Landschaftsschutz sind Landflächen, Gewässer und sogar der Luftraum über diesen Gebieten, die aufgrund ihres hohen wissenschaftlichen, naturschutzfachlichen, kulturellen und ästhetischen Wertes unter Schutz stehen. Dabei können sich die Arten von Schutzgebieten unterscheiden. In Naturschutzgebieten beispielsweise gelten die strengsten Schutzvorschriften: In der Regel dürfen sie nur von Wissenschaftlern zu Forschungszwecken oder von Touristen besucht werden, und zwar meist auf festgelegten Routen und mit Genehmigung der Verwaltung. Nationalparks hingegen können von allen Interessierten besucht werden, allerdings nur an dafür vorgesehenen Orten. In Naturschutzgebieten ist es den indigenen Völkern hingegen gestattet, zu jagen und zu fischen, während andere sich dort erholen dürfen, wenn auch mit gewissen Einschränkungen. Nach Angaben aus dem Jahr 2021 gibt es in Russland etwa 11.900 Schutzgebiete, die 242 Millionen Hektar oder 14 % der Landesfläche einnehmen. Davon sind 107 Naturschutzgebiete, 68 Nationalparks, 62 föderale Wildschutzgebiete sowie mehr als 10.000 Naturdenkmäler. Naturschutzgebiete können von föderaler, regionaler oder lokaler Bedeutung sein.

betroffen sein werden, sollten die Änderungen verabschiedet werden.

Der Gesetzentwurf sieht unter anderem die Einrichtung einer Sonderkommission vor, die über Änderungen der Grenzen von Naturschutzgebieten und die Ansiedlung von »Objekten von föderaler Bedeutung« auf den Flächen der Sonderschutzgebiete im Natur- und Landschaftsschutz entscheiden soll. Analog zur »Baikal«-Kommission wird sie sich aus drei Abgeordneten der Staatsduma, drei Mitgliedern des Föderationsrates, drei Vertretern der Präsidialverwaltung der Russischen Föderation, fünf Vertretern der russischen Regierung, zwei Vertretern des FSB sowie Vertretern der Exekutivbehörde auf föderaler oder regionaler Ebene zusammensetzen, in deren Zuständigkeitsbereich das Naturschutzgebiet liegt, das in den Bebauungsplänen vorgesehen ist.

Die Behörden haben beschlossen, keine Umweltschützer und Fachleute in die Kommission einzuladen. In der aktuellen Fassung des Gesetzentwurfs ist auch keine Beteiligung der Öffentlichkeit an der Diskussion über Pläne zur wirtschaftlichen Erschließung von Sonderschutzgebieten im Natur- und Landschaftsschutz oder zur Errichtung von Infrastruktureinrichtungen auf diesen Flächen vorgesehen. Nach Ansicht von Experten lässt die mögliche Zusammensetzung der Kommission Zweifel daran aufkommen, dass Entscheidungen über Naturschutzgebiete objektiv getroffen werden und ökologische Gefahren berücksichtigen. Mit anderen Worten: Fachleute bezeichnen den Gesetzentwurf als korruptionsfördernd und schlagen Alarm.

Schwacher Widerstand

So riefen russische Umweltschützer alle engagierten Bürger dazu auf, persönliche Schreiben an die Staatsduma zu richten, in denen sie forderten, die gefährlichen Änderungen nicht zu verabschieden, und veröffentlichten eine Anleitung, wie eine Petition korrekt zu verfassen ist. Auch andere Umweltorganisationen schlossen sich der Aktion an.

Darüber hinaus richteten 89 Fachleute, darunter Akademiker und korrespondierende Mitglieder der Russischen Akademie der Wissenschaften, Direktoren einschlägiger Institute, verdiente Umweltschützer und Experten auf dem Gebiet des Artenschutzes, einen gemeinsamen Appell an den Sprecher der Staatsduma, Wjatscheslaw Wolodin. Die Verfasser des Schreibens weisen darauf hin, dass das System der Naturschutzgebiete in Russland über 110 Jahre lang aufgebaut wurde und die vorgeschlagenen Änderungen alle Errungenschaften in diesem Bereich zunichte machen könnten. Sie betonten, dass jegliche Form von Bauvorhaben, Rohstoffgewinnung und anderen wirtschaftlichen Aktivitäten unweigerlich zur Fragmentierung der Landschaften

und zur Zerstörung der Lebensräume von Tieren und Pflanzen führen werde. Die Experten erinnerten daran, dass Wladimir Putin zuvor erklärt hatte, die Entziehung von Land aus Naturschutzgebieten sei unzulässig, und dass ein solcher Gesetzentwurf den internationalen Verpflichtungen Russlands zur Erhaltung von Stätten des Weltkulturerbes widerspreche.

Tatsächlich wird bereits seit mehreren Jahren versucht, einen Gesetzentwurf, der die Bebauung von Naturschutzgebieten erlauben würde, durch die Staatsduma zu bringen. In den letzten fünf Jahren – noch bevor die russische Regierung im Dezember 2025 entsprechende Änderungen einbrachte – gab es sechs solcher Versuche. Initiatoren ähnlicher Vorschriften waren die Behörden von Tschuwaschien, der Region Stawropol, der Republik Udmurtien, des Autonomen Kreises der Jamal-Nenzen sowie der Abgeordnete Viktor Pinski, der übrigens einer der wichtigsten Lobbyisten für das schließlich verabschiedete Gesetz über Kahlschläge am Baikalsee war. Bislang gelang es dank des Widerstands von Umweltschützern und der Öffentlichkeit immer wieder, Angriffe auf Naturschutzgebiete abzuwehren.

Diesmal sieht es jedoch ernster aus. Erstens trug die Wahrscheinlichkeit der Einführung neuer Vorschriften für Sonderschutzgebiete im Natur- und Landschaftsschutz indirekt zur Verabschiedung des Gesetzes über die Kahlschlagabholzung am Baikalsee bei. Zweitens gingen alle bisherigen Versuche, Naturschutzgebiete für Bebauung und wirtschaftliche Erschließung freizugeben, von Föderationssubjekten oder einzelnen Abgeordneten aus. Nun wurde der Gesetzentwurf jedoch von der Regierung eingebracht.

Dennoch bestand die Hoffnung, die Naturschutzgebiete zu verteidigen oder zumindest die Verabschiedung des Gesetzes zu verzögern. So fand am 15. Januar in der Öffentlichen Kammer der Russischen Föderation die »vorläufige Lesung« des Gesetzentwurfs statt. Während dieser Veranstaltung sprach der stellvertretende Leiter des Ministeriums für Naturressourcen und Ökologie der Russischen Föderation, Jewgeni Markow, über die Wichtigkeit der Genehmigung von Bauvorhaben »von staatlicher Bedeutung« in den Sonderschutzgebieten im Natur- und Landschaftsschutz. Seine Rede löste jedoch viele Fragen und sogar Kritik seitens der Anwesenden aus. So erklärte beispielsweise Amirchan Amirchanow, Berater des Leiters der Rosprirodnadsor (Russlands Umweltaufsichtsbehörde), dass das System der Naturschutzgebiete seinen Sinn verliere, wenn die Nutzungsregelungen auf solchen Flächen unkontrolliert geändert würden. Seinen Worten zufolge »verändern« die Gesetzesänderungen das Konzept des Schutzes von Naturgebieten. Und der stellvertretende Vorsitzende des Staatsduma-Ausschusses für Ökologie, Georgij Arapow, äußerte den Verdacht, dass der Gesetzentwurf den Inte-

ressen von »Privatpersonen« diene und nicht der »Sicherheit des Staates«.

Auch die Rechtsabteilung der Staatsduma verfasste Anfang Februar eine kritische Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf. Die Juristen des Unterhauses wiesen darauf hin, dass nach den derzeitigen Formulierungen jedes Bauvorhaben oder Projekt unter die Kategorie Objekte von »föderaler Bedeutung« fallen könne, was ein hohes Risiko einer zu weit gefassten Auslegung der vorgeschlagenen Normen bedeute. Zudem widersprechen die eingebrachten Änderungen geltendem Recht: So verbietet beispielsweise Artikel 95 Absatz 7 des Landgesetzbuchs der Russischen Föderation ausdrücklich den Bau von Objekten in Naturschutzgebieten, die nicht mit den dort zulässigen Aktivitäten in Zusammenhang stehen. Der Gesetzentwurf steht auch im Widerspruch zum Bundesgesetz über Sonderschutzgebiete im Natur- und Landschaftsschutz.

Über die Autoren

Angelina Davydova ist Journalistin und Co-Host des Podcasts *The Eurasian Climate Brief*. Sie ist Fellow am *Institute for Global Reconstitution* in Berlin und unterrichtet zu Themen wie Umwelt- und Klimajournalismus und Kommunikation an Universitäten, bei NGOs sowie internationalen Organisationen. Zudem ist sie Expertin für Umweltprojekte für den Verein *Dialogue for Understanding e.V. (D4U)* als auch seit 2008 Beobachterin der UN-Klimaverhandlungen (UNFCCC).

Aleksej Martow ist Journalist, der den aufgeführten Namen als Pseudonym verwendet.

Lesetipps:

- Davydova, Angelina (11.02.2026): Environmental organisations under authoritarianism, Civil society forum, <https://csf-ev.org/environmental-organisations-under-authoritarianism/>.
- Martow, Aleksej (09.01.2026): 'Nothing is sacred for the authorities', Russia is opening the forests around Lake Baikal to clearcutting. Environmentalists warn Meduza the damage could be irreversible, Meduza, <https://meduza.io/en/feature/2026/01/09/nothing-is-sacred-for-the-authorities>.

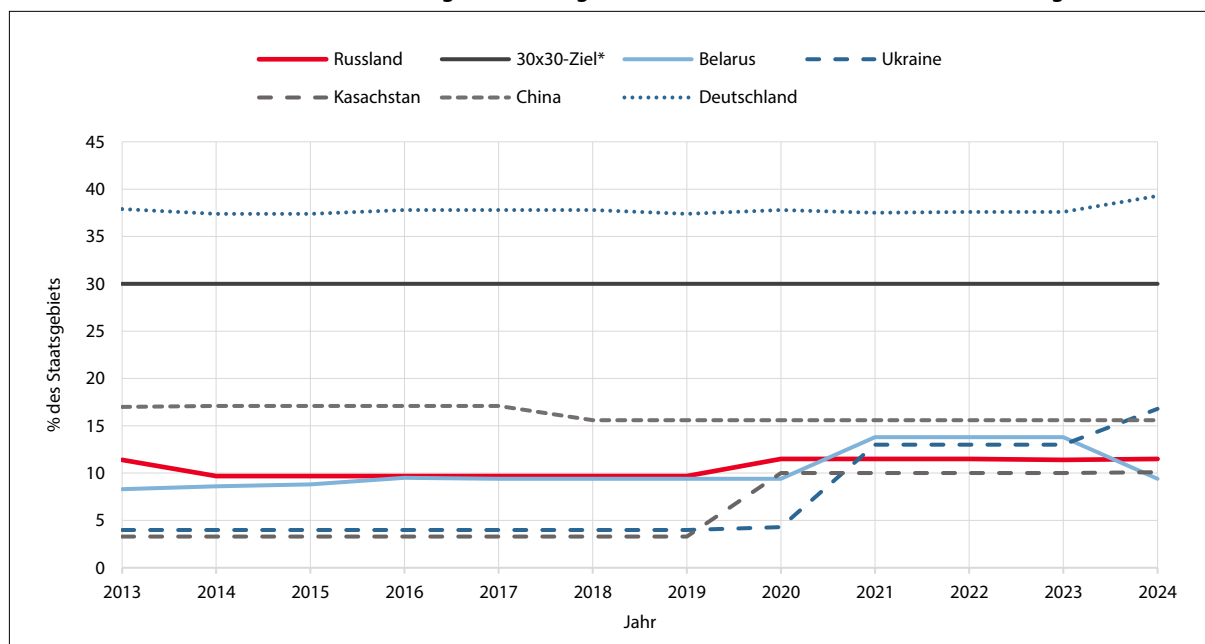
Fazit

Allerdings hatte der Gesetzentwurf über die Kahlschlagabholzung am Baikalsee von Anfang an heftige Kritik hervorgerufen und war für mehrere Jahre auf Eis gelegt worden. Selbst zum Zeitpunkt seiner Verabschiedung im Staatsduma gab es noch Gegner solcher Änderungen, darunter auch Vertreter von »Einiges Russland«. Letztendlich wurden die Bestimmungen dennoch verabschiedet. Es ist äußerst wahrscheinlich, dass auch in der Angelegenheit des Gesetzentwurfs über die Bebauung von Naturschutzgebieten und den Abbau von Bodenschätzen in diesen Gebieten alles mit der Verabschiedung des Dokuments enden wird. Das wird zu irreversiblen Folgen für die Natur und die ökologische Situation in Russland und weltweit führen.

STATISTIK

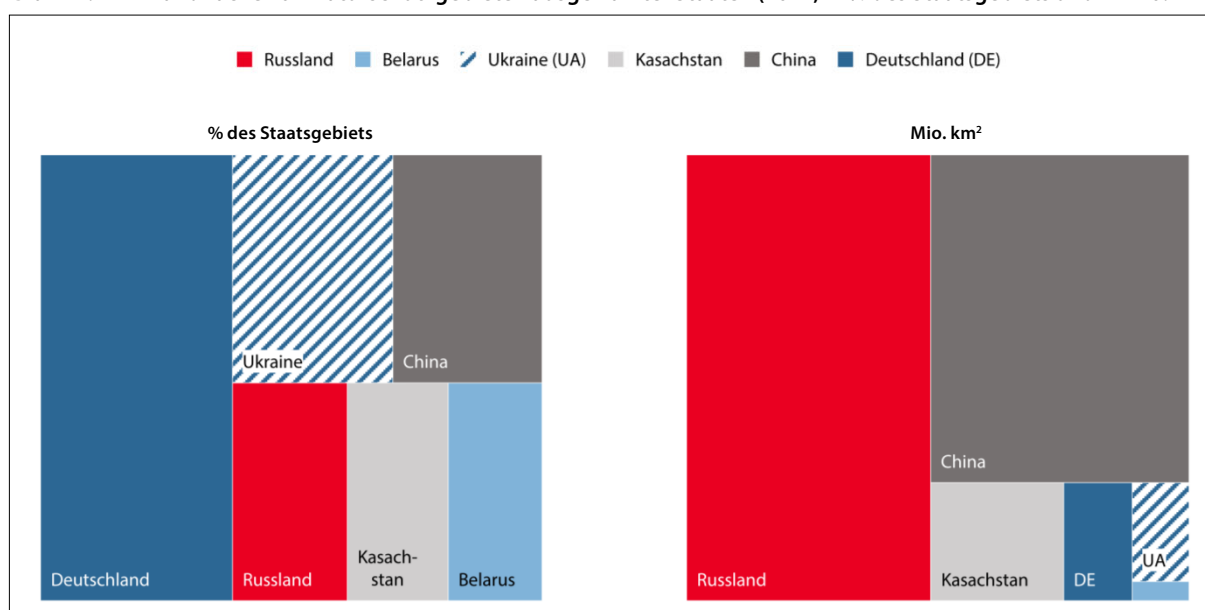
Landfläche von Naturschutzgebieten ausgewählter Staaten im Vergleich

Grafik 1: Landfläche von Naturschutzgebieten ausgewählter Staaten (2013–2024, in % des Staatsgebiets)



* Das 30x30-Ziel ist Bestandteil des UN-Weltnaturabkommens (Kunming-Montreal Global Biodiversity Framework), in dem Staaten ihre Absicht bekräftigen, bis zum Jahr 2030 mindestens 30 Prozent der weltweiten Land- und Meeresflächen unter effektiven Naturschutz zu stellen.

Quellen: World Bank: Protected Planet: The World Database on Protected Areas (WDPA) and World Database on Other Effective Area-based Conservation Measures (WD-OECM), UN Environment Programme World Conservation Monitoring Centre (UNEP-WCMC), International Union for Conservation of Nature (IUCN), protectedplanet.net/en, online über: <https://data.worldbank.org/indicator/ER.LND.PTLD.ZS?locations=RU-BY-CN-DE-KZ-UA>.

Grafik 2: Landfläche von Naturschutzgebieten ausgewählter Staaten (2024, in % des Staatsgebiets und in Mio. km²)

Quellen: World Bank: Protected Planet: The World Database on Protected Areas (WDPA) and World Database on Other Effective Area-based Conservation Measures (WD-OECM), UN Environment Programme World Conservation Monitoring Centre (UNEP-WCMC), International Union for Conservation of Nature (IUCN), protectedplanet.net/en, online über: <https://data.worldbank.org/indicator/ER.LND.PTLD.ZS?locations=RU-BY-CN-DE-KZ-UA>.

**Tabelle 1: Landfläche von Naturschutzgebieten ausgewählter Staaten
(2013–2024, in % des Staatsgebiets, für 2024 in Mio. km²)**

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Russland	11,4	9,7	9,7	9,7	9,7	9,7	9,7
30x30-Ziel*	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0
Belarus	8,3	8,6	8,8	9,5	9,4	9,4	9,4
Ukraine	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0
Kasachstan	3,3	3,3	3,3	3,3	3,3	3,3	3,3
China	17,0	17,1	17,1	17,1	17,1	15,6	15,6
Deutschland	37,9	37,4	37,4	37,8	37,8	37,8	37,4

	2020	2021	2022	2023	2024	entspricht einer Fläche von Mio. km ² in 2024
Russland	11,5	11,5	11,5	11,4	11,5	1,883
30x30-Ziel*	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0	
Belarus	9,4	13,8	13,8	13,8	9,4	0,019
Ukraine	4,3	13,0	13,0	13,0	16,8	0,097
Kasachstan	10,0	10,0	10,0	10,0	10,1	0,272
China	15,6	15,6	15,6	15,6	15,6	1,464
Deutschland	37,8	37,5	37,6	37,6	39,3	0,140

* Das 30x30-Ziel ist Bestandteil des UN-Weltnaturabkommens (Kunming-Montreal Global Biodiversity Framework), in dem Staaten ihre Absicht bekräftigen, bis zum Jahr 2030 mindestens 30 Prozent der weltweiten Land- und Meeresflächen unter effektiven Naturschutz zu stellen.

Quellen: World Bank: Protected Planet: The World Database on Protected Areas (WDPA) and World Database on Other Effective Area-based Conservation Measures (WD-OECM), UN Environment Programme World Conservation Monitoring Centre (UNEP-WCMC), International Union for Conservation of Nature (IUCN), protectedplanet.net/en, online über: <https://data.worldbank.org/indicator/ER.LND.PTLD.ZS?locations=RU-BY-CN-DE-KZ-UA>.

KOMMENTAR

Die russische Außenpolitik im Nahen Osten nach dem Sturz Assads und dem Tod Chameneis

Mark N. Katz (George Mason University)

Russland hat den Sturz des Regimes von Baschar al-Assad in Syrien im Dezember 2024 nicht verhindert, welches Moskau bis dahin jahrelang verteidigt hatte. Russland hat auch dem Iran während des 12-Tage Krieges im Juni 2025 nicht dabei geholfen, die israelischen und amerikanischen Angriffe auf seine Nuklearanlagen und andere Ziele zu überstehen. Seit der Wiederaufnahme des Iran-Krieges im Februar 2026 hat Russland ebenfalls nicht viel unternommen, um den Iran gegen amerikanische und israelische Angriffe zu unterstützen, bei denen der oberste Führer des Iran, Ayatollah Ali Chamenei, und viele andere hochrangige iranische Beamte getötet wurden. Dies hat den Eindruck erweckt, dass Russland so sehr in seinem Krieg gegen die Ukraine feststeckt, dass es nicht in der Lage ist, seinen engsten anti-amerikanischen Verbündeten im Nahen Osten (oder in Venezuela) wirksam zu helfen.

Russland ist jedoch trotzdem in Syrien und im Iran weiterhin präsent geblieben. In Syrien bat Russland die neue Führung unter Ahmed al-Scharaa, gegen deren Streitkräfte es zuvor gekämpft hatte, um den Fortbestand der russischen Luft- und Marinestützpunkte im Land – und die neue Führung willigte ein. Dies war eine wirklich bemerkenswerte diplomatische Leistung Russlands. Dem Iran hat Russland zwar keine Truppen oder schweren Waffen zur Verfügung gestellt, aber es soll Teheran Berichten zufolge mit Technik zur Unterdrückung der Opposition im Land unterstützt haben. Russland soll auch seine Erfahrungen in der Ukraine weitergegeben haben, um den iranischen Streitkräften zu helfen, Drohnenangriffe gegen Ziele in den arabischen Golfstaaten, Israel, der Türkei, Aserbaidschan und anderen Ländern zu starten.

Auch wenn die Lage im Nahen Osten nach Rückschlägen für Russland aussieht, könnte es von den aktuellen Entwicklungen sogar profitieren. In Syrien behält Russland seine Stützpunkte, muss dafür aber nicht mehr die Kosten tragen, um das Überleben des Regimes militärisch zu sichern. Der durch den Irankrieg verursachte höhere Ölpreis kommt Russland zugute, das seinen Krieg gegen die Ukraine mit dem Export seines von westlichen Sanktionen betroffenen Erdöls finanziert. Einige russische Beobachter gehen auch davon aus, dass der Irankrieg die Aufmerksamkeit und Ressourcen der Amerikaner und Europäer vom Krieg in der Ukraine ablenkt.

Allerdings sind mit der russischen Unterstützung für iranische Drohnenangriffe gegen seine Nachbarländer ernsthafte Risiken verbunden. Der russische Präsident Wladimir Putin könnte davon ausgehen, dass iranische Angriffe auf arabische Golfstaaten, die Türkei und Aserbaidschan ein Mittel sein könnten, um die öffentliche Meinung und die Regierungen dieser Länder dazu zu bewegen, ein Ende der US-amerikanischen und israelischen Angriffe gegen den Iran zu fordern. Vor der aktuellen Eskalation hatte Moskau jedoch Wert daraufgelegt, sich nicht nur als Freund des Iran, sondern auch der arabischen Golfstaaten, der Türkei und sogar (bis zu einem gewissen Grad) Israels zu präsentieren. Diese Länder hofften, so das feindselige Verhalten des Iran ihnen gegenüber eindämmen zu können. Wenn Russland jetzt einseitig den Iran unterstützt, untergräbt dies Putins Behauptung, dass die Fähigkeit Russlands, mit allen Seiten im Nahen Osten zusammenzuarbeiten, Russland für alle zu einem begehrten Partner als Vermittler mache.

Jetzt zeigt Putin allen, dass ihm die Hilfe für iranische Drohnenangriffe wichtiger ist als der Schutz der von den Angriffen betroffenen Nachbarländer. Als Reaktion darauf haben einige arabische Golfstaaten nicht nur die USA, sondern auch die Ukraine um verstärkte Unterstützung bei der Luftverteidigung gebeten, denn die Ukraine verfügt über viel Erfahrung in der Abwehr russischer Angriffe mit vom Iran entwickelten Drohnen. Die erklärte Bereitschaft der Ukraine, den vom Iran angegriffenen Ländern im Nahen Osten zu helfen, hat auch den Staaten im Nahen Osten, die der Ukraine bisher distanziert gegenüber standen, mehr Gründe denn je gegeben, die Ukraine als einen Partner zu betrachten, dessen Überleben in ihrem eigenen Interesse liegt. Das ist natürlich ganz und gar nicht im Sinne Putins.

Putins Außenpolitik wird oft als äußerst flexibel und widerstandsfähig beschrieben. Moskaus Erfolg, Russlands Stützpunkte in Syrien nach dem Sturz Assads zu sichern, bestätigte dieses Bild zumindest teilweise. Im Hinblick auf den gegenwärtigen Konflikt mit dem Iran könnte sich Putins Politik jedoch als weniger erfolgreich erweisen. Die russische Unterstützung für den Iran reichte nicht aus, um den Iran vor den immensen Schäden durch die Luftangriffe der USA und Israels zu schützen. In Reaktion auf die von Russland unterstützten iranischen Drohnenangriffe nehmen die Nachbarländer nun die Hilfe der Ukraine in Anspruch, um sich gegen den Iran zu verteidigen. Es wäre in der Tat iro-

nisch, wenn Russlands Verhalten dazu führen würde, dass die traditionellen Verbündeten der USA im Nahen Osten den Konflikt der Ukraine mit Russland nicht mehr als Ablenkung von ihrem Konflikt mit dem Iran

betrachten, sondern die Verteidigung der Ukraine gegen Russland als einen wesentlichen Bestandteil ihrer eigenen Verteidigung gegen den Iran begreifen.

Über den Autor

Mark N. Katz ist emeritierter Professor für Politikwissenschaft an der Schar School of Policy and Government der George Mason University und externer Senior Fellow beim Atlantic Council.

Russland gerät langsam in Afrika ins Hintertreffen – eine Chance für Europa

Ulf Laessing (Regionalprogramm Sahel, Konrad-Adenauer-Stiftung, Bamako)

Mitten im aktuellen Iran-Krieg landete in der malischen Hauptstadt Bamako ein russisches Militärflugzeug vom Typ Iljuschin, um Nachschub für die Söldner des Afrika-Corps zu bringen. Es war bereits die zweite Maschine innerhalb einer Woche – das klare Signal Moskaus an seine Verbündeten im Sahel: Während die Welt sich neu ordnet, geht Russlands Engagement in der Krisenregion unvermindert weiter. Moskau versucht dort seit Ende 2021, mit Söldnern, Waffenlieferungen und endlos viel Desinformation Europa zu schaden, etwa durch mehr Migration wegen extremer Gewalt der Wagner-Gruppe und ihrer Nachfolgeorganisation, dem Afrika Korps, gegen Zivilisten.

Rund 150.000 Malier sind seit der Ankunft der Russen in das Nachbarland Mauretanien geflohen – viele beschuldigen die Söldner, Verwandte getötet und ihre Häuser niedergebrannt zu haben, um sie in die Flucht zu zwingen. Malier waren 2025 laut der EU-Grenzschutzagentur Frontex unter den drei häufigsten Nationalitäten der auf den Kanarischen Inseln ankommenden Bootsflüchtlinge. Die Zahlen sind zwar gering, aber dies zeigt ganz klar, dass Russland bewusst Migration nach Europa zu treiben versucht. Auch im Nachbarland Niger verfolgt Moskau eine ähnliche Strategie. Das Sahelland hat ein Abkommen mit der Europäischen Union von 2015 widerrufen, das Menschen-smuggler-geschäft im Norden einzudämmen. Dies geschah einen Tag, nachdem Russland mit Niger beschlossen hatte, die Militärkooperation auszubauen. Man kann davon ausgehen, dass Russland dies zur Bedingung für die Entsendung des Afrika Korps gemacht hat. Seitdem floriert wieder das Geschäft der Schmuggler auf der Landroute nach Libyen.

Russlands leere Versprechungen

Jetzt wäre der richtige Zeitpunkt für die Europäische Union, mit mehr Interesse am Sahel und Afrika Russ-

lands Expansion etwas entgegenzusetzen. Denn Moskau ist in der Defensive, seitdem bekannt wurde, dass Tausende Afrikaner aus Südafrika, Nigeria, Kenia, Niger und anderen Ländern mit vermeintlichen Jobangeboten nach Russland gelockt wurden, um nach ihrer Ankunft unter Zwang für den Kreml gegen die Ukraine zu kämpfen. Viele sind gestorben. Russische Botschaften in Afrika versuchen seitdem, die fast täglichen Todesnachrichten mit Fake News in den sozialen Medien zu kontern, wie etwa dass Afrikaner gar keine Visa für eine Teilnahme an Russlands Ukraine-Invasion bekommen hätten. Dies sind reine Nebelkerzen, denen niemand glaubt, da alle Afrikaner Visa zu Arbeits- oder Studienzwecken bekommen hatten, die unter falschen Versprechungen beantragt wurden.

Es hat sich nicht nur in den Sahelländern herumgesprochen, dass Russland seine vollmundigen Versprechen einer Zusammenarbeit oft nicht einhält. Der Fall des syrischen Diktators Bashar al-Assad zeigt zudem, dass Russlands Verbündete sich nicht wirklich auf eine Unterstützung verlassen können. Dazu kommt: Russlands Söldner haben den Mali-Konflikt mit ihrer Brutalität nur noch schlimmer gemacht. Von angekündigten kostenlosen Getreidelieferungen ist wenig zu sehen. Eigentlich müsste Russland jetzt seinen Verbündeten angesichts steigender Ölpreise im Zuge der Iran-Krise Benzin schicken – Länder wie Mali oder Burkina Faso ohne Meereszugang sind von den weltweiten Preissteigerungen wegen des langen Transportweges besonders betroffen. Doch auch da ist von Russland nichts zu sehen.

Europa tut sich schwer im Sahel

Russland füllt im Sahel eigentlich nur ein Vakuum durch den Bruch der Militärregierungen mit der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich aus. Die Europäische Union tut sich seitdem schwer, eine gemeinsame Linie im Umgang mit der Allianz der Sahel-Staaten (AES) zu

finden. Diese sind zugebenermaßen schwierige Partner, die viel Wert auf »Souveränität« legen. Mali hält zum Beispiel seit August einen akkreditierten französischen Offizier gefangen – ein klarer Verstoß gegen die Wiener Konvention. Trotzdem sollte Europa nicht eine ganze Region, durch die die Hauptmigrationsrouten von Subsahara-Afrika an die Küste führen, vollständig Russland und anderen autokratischen Akteuren überlassen. Brüssel hat sich nach langem Hin und Her auf ein neues Strategiepapier für den Sahel geeinigt; ein relativ nichtssaagendes Papier, das die AES nicht einmal erwähnt. Ein Fonds zur Entwicklungskooperation über 195 Millionen Euro liegt zudem seit fast einem Jahr auf Eis, weil Frankreich seinen Bedeutungsverlust nicht akzeptiert und nach Angaben von Diplomaten möglichst wenig Engagement mit Mali, Niger und Burkina Faso will. Dabei wären Entwicklungsprojekte wichtig, um die Armut – und damit die Bereitschaft zur Migration – etwas einzudämmen. Die Vereinigten Staaten sind da schon weiter. Man kann die Trump-Administration für

vieles kritisieren. Washington hat aber die neuen Realitäten in den Sahelländern akzeptiert und bietet bei der Bekämpfung von Dschihadisten eine Zusammenarbeit an. Da mögen wirtschaftliche Motive wie der Zugang zu Ressourcen wie Gold eine Rolle spielen – die Vereinigten Staaten nehmen die Sahelstaaten wenigstens ernst.

Die Europäer sollten auch mehr gegen Russlands Desinformation in der Region vorgehen. Mit einem Netzwerk von »Influencern« und einer eigens für Afrika gegründeten »Nachrichtenagentur« verbreitet Moskau jeden Tag Lügen, wie etwa dass Frankreich Dschihadisten unterstütze oder Europa Afrikas Rohstoffe stehle. Im Kontrast dazu kommunizieren die Europäische Union und ihre Mitglieder, einschließlich Deutschland, wenig und wenn, dann in altmodischen Formaten wie Fotos von Politikerbesuchen ohne echten Mehrwert. Die meisten Afrikaner wissen gar nicht, dass die EU-Staaten finanziell die größten Unterstützer des Kontinents sind – das spielt Russland in die Hände, Fake News zu verbreiten.

Über den Autor:

Ulf Laessing leitet seit Dezember 2021 das Regionalprogramm Sahel in Mali. Zuvor hat er 13 Jahre als Auslandskorrespondent und Büroleiter bei der Nachrichtenagentur Reuters im Nahen Osten, Nordafrika und Afrika südlich der Sahara gearbeitet mit den Themenschwerpunkten »Arabischer Frühling«, Konflikte und Militärmissionen, politische Transformationen, Terrorismus und Dschihadisten, Migration, Wirtschaft und Klimawandel. Laessing ist Autor eines Buches über den Libyen-Konflikt und hat Geschichte, Islamwissenschaft und Volkswirtschaft in Hamburg, Leipzig und Kuwait studiert.

Die Einflussphären der Anderen: Lateinamerikas manchmal paradoxer Blick auf Russland

Jochen Kleinschmidt (Technische Universität Dresden)

Kommentare mancher lateinamerikanischen Politiker*innen zum Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine wirkten in den letzten Jahren manchmal so, als hätte man etwa in Bogotá, Brasília oder Mexiko-Stadt den *Perwy Kanal* (kremltreuer TV-Sender Russlands) in Dauerschleife gesehen. Im Juni 2023 etwa rief der langjährige brasilianische Außenminister Celso Amorim, gegenwärtig außenpolitischer Chefberater des brasilianischen Präsidenten Lula da Silva, westliche Staaten dazu auf, die »Sicherheitsinteressen« Wladimir Putins zu respektieren, und erklärte dessen Invasion mit der NATO-Osterweiterung. Ähnliche Statements waren von einigen Staatschefs aus der Region zu vernehmen, so etwa von Gustavo Petro, der die »postsowjetischen Nationen« noch 2025 als geopolitischen Block beschrieb, der von der NATO am besten durch eine atomwaffenfreie Zone getrennt würde.

Aktive Blockfreiheit?

Diese Rhetorik verursachte in europäischen Ländern gelegentliches Aufhorchen, auch wenn Lateinamerika dort gegenwärtig nicht im Fokus politischen Interesses steht. Handelt es sich etwa, wie unter anderem der chilenische Politikwissenschaftler und ex-Diplomat Jorge Heine vermutet, um die Rhetorik einer neuen Politik der »aktiven Blockfreiheit« (»no alineamiento activo«), mit der man sich vom Status des »Hinterhofs der USA« zu emanzipieren sucht? Zahlreiche Aussagen lassen jedenfalls darauf schließen, dass man sich in Lateinamerika auf eine neue Epoche der Großmachtkonkurrenz eingestellt hatte, als deren Vorboten man den russisch-ukrainischen Krieg betrachtete, und an der man sich angesichts der gleichzeitigen Abhängigkeit von chinesischen Importen, US-amerikanischer Digitalinfrastruktur und europäischen Investitionen möglichst nicht beteiligen

wollte. Vielmehr bestand (und besteht) ein gewisser Konsens, dass man möglichst mit allen Akteuren der Weltpolitik im Geschäft bleiben will.

Die Rolle Russlands in Lateinamerika wird oder wurde in diesem Kontext häufig überschätzt. Wirtschaftliche Abhängigkeiten bestehen kaum, wenn man von den oft zitierten Düngemittellieferungen an Brasilien absieht – auf die Russland allerdings in seiner gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation ebenso angewiesen ist wie Brasilien; darüber hinaus könnten ukrainische Schläge gegen petrochemische Anlagen die Produktion erschweren. Als Rüstungslieferant spielte Russland nach dem Kalten Krieg außer in Venezuela kaum noch eine Rolle, und seit der vollumfänglichen Invasion in der Ukraine ist es auch zu Ersatzteillieferungen etwa für kolumbianische Hubschrauber nicht mehr in der Lage. Die russische Wirtschaft als Rohstoffexporteur weist wenig Kompatibilität mit den ähnlich strukturierten lateinamerikanischen Ländern auf.

Sicherlich hat die russische Informationskriegführung auch in Lateinamerika gewisse Effekte erzielt, auch wenn sie weniger intensiv betrieben wurde als in Europa. In vielen Fällen ist man dafür etwas geschickter vorgegangen als etwa in Deutschland, wo vor allem die Ränder des politischen Spektrums angesprochen wurden. In der spanischsprachigen Version von RT konnten professionelle Journalist*innen über Probleme wie etwa Korruptionsfälle berichten, die in oft eng mit wirtschaftlichen und politischen Interessen verknüpften Privatsendern Lateinamerikas kaum zur Sprache kamen. Desinformation über die Lage in der Ukraine, die in der Region ebenso wie etwa Polen kaum präsent war, erschien somit vielleicht etwas plausibler.

Genutzt hat es indes wenig – nach Meinungsumfragen ist Russland in Lateinamerika nicht sonderlich beliebt. Die teils provokanten Statements von Amorim und anderen mögen eher als Affirmation der eigenen Unabhängigkeit gegenüber den USA und Westeuropa zu verstehen sein, im Fall von Brasilien spielte möglicherweise auch der Wunsch nach außenpolitischem Statusgewinn, der durch bloße Gefolgschaft nicht zu erzielen wäre, eine gewisse Rolle. Die rhetorische Distanzierung

von den liberalen Demokratien wäre dann eine Art Fortsetzung der BRICS-Politik, die durch die Abwesenheit von Putin beim Gipfeltreffen in Brasilien (wie auch in Südafrika) ohnehin ihre Grenzen zeigte.

Der Trump-Schock

Spätestens mit der Militäraction gegen den venezolanischen Präsidenten Nicolas Maduro erfuhr die Realitätsdeutung, die der neutralistischen Rhetorik oft zugrunde lag, jedenfalls eine drastische Erschütterung. Bereits zuvor hatte sich mit der Annäherung Trumps an Putin deutlich gezeigt, dass der ukrainische Unabhängigkeitskampf eben doch nicht nur für US-Interessen geführt wurde. Die militärischen Erfolge der Ukraine, die unter der Biden-Administration meist ausschließlich auf amerikanische Technologie zurückgeführt wurden, erschienen nun in einem anderen Licht. Durch die Intervention in Venezuela (und die vorangegangenen völkerrechtswidrigen Angriffe auf zivile Boote in der Karibik) wurde auch klar, dass die Existenz in der Einflussphäre einer autoritären Großmacht, die man den Ukrainer*innen implizit oder explizit zugemutet hatte, nun auch das eigene Schicksal darstellen könnte.

Darüber hinaus zeigte sich, dass die vermeintliche Großmacht Konkurrenz, von der man sich fernhalten wollte, zumindest in Teilen der Kooperation unter autoritären Imperialisten gewichen war. Celso Amorim beklagte jüngst in einem Interview, dass die BRICS-Partner Russland und China noch nicht einmal zu einer Sicherheitsratsresolution gegen die Intervention aufgerufen hätten. Die Invasionsdrohungen gegenüber Grönland wurden genauso zur Kenntnis genommen wie die vollständige Nutzlosigkeit der russischen Militärtechnik in Venezuela gegenüber den amerikanischen Angriffen. Die russischen Aussagen zur möglichen US-Invasion in Kuba fanden kaum Widerhall in der lateinamerikanischen Presse, die angeblich bevorstehende Lieferung von russischem Öl und Treibstoff an die Karibikinsel wurde meist mit Skepsis betrachtet. Es scheint, als ob die Entzauberung Russlands, wenn auch mit Verspätung, nun auch in Lateinamerika stattfindet.

Über den Autor

Jochen Kleinschmidt ist Politikwissenschaftler und arbeitet als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Internationale Politik der TU Dresden. Er promovierte 2014 an der LMU München und arbeitete seitdem an Universitäten in Deutschland und Kolumbien. Seine Forschung beschäftigt sich mit bewaffneten Konflikten, Militärtechnologie, politischer Geographie, und Theorien der Internationalen Beziehungen.

Hinweis auf die Online-Chronik

Der aktuelle Teil sowie die gesamte Chronik seit 2003 zu Russland befinden sich auf der Seite der Russland-Analysen (<http://www.laender-analysen.de/russland/>) unter dem Reiter »Chronik« oder direkt unter diesem Link <https://laender-analysen.de/russland-analysen/chronik?c=russland&i=1>.

Sie wird regelmäßig um neue Einträge ergänzt und möglichst aktuell gehalten. Zusätzlich gibt es eine Kurzchronik für die Sowjetunion ab 1964 bzw. Russland ab 1992. Treuen Leser:innen der Chronik und allen Interessierten empfehlen wir sowohl von den Filterfunktionen unserer Webseite als auch dem reichen Angebot der Chroniken der Länder Ukraine, Belarus und oder Polen Gebrauch zu machen, um z. B. Ereignisse wie den Krieg gegen die Ukraine besser verfolgen zu können. Aktuell ist die Suche innerhalb der Chronik leider nur mit buchstabengenaue Stichworten möglich. Daher bitten wir alle Nutzer:innen auf die Schreibweise zu achten und ggf. mehrere Stichworte bei der Suche zu prüfen. Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Die Redaktion der Russland-Analysen

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Anastasia Stoll (verantwortlich)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
PD Dr. habil. Linde Götze, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de
Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2026 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen



Polen-Analysen



Russland-Analysen



Ukraine-Analysen



Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

In deutscher Sprache zu Belarus, Polen, Russland, Ukraine und Zentralasien

Kostenloses Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>



In englischer Sprache zu Belarus, dem Kaukasus, Moldova, Russland, Ukraine und Zentralasien

Kostenloses Abonnement unter:

<https://css.ethz.ch/en/publications/eastern-europe-analytical-digest-series.html>

